



21. Oktober 2026

Schriftliche Anfrage

von Dominique Späth (SP) und Liv Mahrer (SP)

Unabhängige lokale Berichterstattung ist für eine Stadt mit direktdemokratischen Instrumenten, einem 125-köpfigen Parlament und regelmässigen Urnengängen keine Nebensache, sondern demokratische Infrastruktur. Studien aus der Schweiz, Deutschland und den USA belegen die Bedeutung des Lokaljournalismus für die Demokratie. Genau diese Infrastruktur verschwindet in Zürich zusehends. Werbeerträge fliessen zu internationalen Plattformen ab, während die publizistische Leistung für die lokale Öffentlichkeit nicht mehr refinanzierbar ist.

Das Ausmass zeigt sich am Abbau der letzten Jahre: Tamedia streicht 290 von 1400 Stellen, schliesst zwei von drei Druckereien und konzentriert sich digital auf die vier stärksten Titel; das Druckzentrum Zürich, das grösste der Schweiz, wird Ende 2026 geschlossen. Die lokale Berichterstattung im Tages-Anzeiger wurde merklich ausgedünnt, das Stadtmagazin «Züritipp» wurde eingestellt. Bei «20 Minuten» fiel Anfang 2026 die Printausgabe weg, verbunden mit dem Verlust von 80 Vollzeitstellen. Auch die Zürcher Quartierzeitungen sind von der fortschreitenden Konzentration betroffen.

Gleichzeitig zeigt eine wachsende konzernunabhängige Medienszene, dass in Zürich Nachfrage nach lokalem und sprachregionalem Journalismus besteht: Angebote wie das 2015 gegründete Stadtmagazin Tsüri.ch, das werbefreie Onlinemagazin Republik mit Sitz in Zürich oder das genossenschaftlich organisierte Kollektiv WOZ beweisen die Zahlungsbereitschaft eines engagierten Publikums – sie bleiben aber Nischenangebote mit kleinen Redaktionen und beschränkten Budgets, die den Abbau der grossen Häuser nicht auffangen können.

Nachdem das Stimmvolk 2022 einen Ausbau der Medienförderung auf Bundesebene abgelehnt hat und die laufenden eidgenössischen Vorlagen primär elektronische Medien betreffen, stellt sich die Frage, welche Verantwortung die (Zürcher) Gemeindeebene übernehmen kann. Auf kantonaler Ebene gibt es bereits einige positive Beispiele: Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Waadt, Wallis haben eine kantonale Medienförderung installiert oder haben entsprechende Projekte in der Vernehmlassung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Lage der lokalen und sprachregionalen Medien in der Stadt Zürich, insbesondere hinsichtlich Medienvielfalt und redaktioneller Kapazitäten für die Berichterstattung über die städtische Politik?
2. Welche Auswirkungen des Abbaus im Lokaljournalismus stellt der Stadtrat auf die Berichterstattung über den Gemeinderat, die Stadtverwaltung und das Geschehen in den Quartieren fest?

3. Mit welchen Mitteln unterstützt die Stadt Zürich heute direkt oder indirekt journalistische Angebote (z. B. amtliche Publikationen, Inserate und Beilagen, Beiträge aus Fördertöpfen, Leistungsvereinbarungen)? Wie hoch sind diese Beträge insgesamt, und nach welchen Kriterien werden sie vergeben?
4. Kennt der Stadtrat die Medienförderungsmodelle anderer Schweizer Kantone und Städte – namentlich die gesetzlich verankerte Förderung im Kanton Waadt sowie die punktuellen Massnahmen des Kantons Genf –, und wie beurteilt er deren Übertragbarkeit auf die Stadt Zürich?
5. Welche rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen sieht der Stadtrat für eine kommunale Medienförderung, die staatsfern und modellneutral ausgestaltet ist – das heisst: die journalistische Leistung fördert, unabhängig von Geschäftsmodell und Trägerschaft –, die redaktionelle Unabhängigkeit wahrt und nicht einseitig bestehende Strukturen erhält, sondern auch neuen, konzernunabhängigen Angeboten offensteht?
6. Wäre der Stadtrat bereit, städtische Leistungen an Medienunternehmen – etwa Inserate, amtliche Publikationen oder allfällige künftige Fördermassnahmen – analog zum öffentlichen Beschaffungswesen an die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen zu knüpfen?
7. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass es angesichts der beschriebenen Entwicklung mittelfristig eine kommunale Medienförderung braucht? Falls ja: Ist er bereit, dem Gemeinderat eine entsprechende Auslegeordnung mit konkreten Handlungsoptionen vorzulegen?